

Die Halle monatlich für zweiwöchige
Kostung 6.50 Mark, vierteljährlich
18.50 Mark, durch die Post 19.00 Mark,
auswärts, Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
tungen an den Postämtern, unter
amlich, Zeitungsercheinis unter
Einsendung eingetragener, für
unseren eintragsfähigen Mann
Stipendium keine Gewähr über-
nehmen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle, Zeitungsgesell-
schaft, Fern- und Schreibroute Nr.
1148, der Anzeigen-Abt., Nr. 1133
1.7411, der Bezugs-Abt., Nr. 1133

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die in gelbten 34 mm breite
Zeilenlänge oder deren Raum 20 Pf.,
Samenanzüge 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen am
nächsten Geschäfts-Tag, frühestens
Abend 6 Uhr, in der Redaktion ein.
6 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2
Sonntags und Montags 1 mal,
Schriftleitung und Haupt-Be-
schaffungsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 13, Telefon 17, Postamt 17.
Küchen-Geschäftsstelle: Große
Klosterstr. 52 und Markt 24,
Postfach-Rente Leipzig Nr. 4009.

Nr. 276.

Halle, Mittwoch, den 16. Juni 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Wie war es doch?

Man muß es den Mitatoren der Deutschen Volkspartei lassen, daß sie die Massenagitation großzügig zu betreiben wußten und mit einer eleganten Handbewegung den Mantel nach dem Winde zu hängen, will ihnen ihre parteipolitischen Forderungen der augenblicklichen Konjunktursituation anpassen verstanden. Es kommt ihnen dabei nicht darauf an, sich selber unterwerfen zu werden und das, was sie an anderen Parteien bisher bekämpften, mit dem Bräutchen der Ueberzeugung als eigenen Gedanken in den Vordergrund zu rücken, wenn nur die Konjunktur daraus einen Stimmenertrag für die Partei erwarten läßt. Vor der Gründung der Deutschen Volkspartei taten dies Gleiche die Nationalliberalen, Stresemannscher Färbung und brachten dadurch ihrer Partei den Namen „Partei Dreifachse“ ein.

Neuerdings wird die Dreifachse-Taktik recht ausgiebig angewandt. Durch die volksparteilichen Blätter geht ein Artikel, der mit der hohen Ueberfahrt „Abenteuer des Reiches an sich“ verlesen ist und mit einem satten Ritz mit dem Journalist den D. N. Abgeordneten Generaldirektor Dr. S. Güler als denjenigen, welcher... in empfindliche Erinnerung bringt. In diesem Artikel stellt man es wieder einmal so dar, als ob in der vergangenen anderthalb Jahren kein Tag nicht an Wiederanbau-Arbeit geleistet worden ist und als ob alles Selbst eben nur von dem Eingreifen der D. N. P. zu erwarten wäre. Der Eingeweihte merkt die Absicht und könnte vermuthen werden über die Unverschämtheit, mit der alle Forderungen der Demokratie, die zum größten Teil schon auf dem Wege zur Erfüllung sind, als Forderungen der D. N. P. hingestellt werden. Es lohnt nicht, im Einzelnen nochmals darauf einzugehen. Wenn aber im letzten Absatz des Artikels von einer einflussreichen Parteiführerschaft gesprochen wird, die sich demeritieren gegen die Ernennung von Reichsministern auflehnen, so müssen wir als Demokraten uns dagegen nicht entscheiden. Die Deutsch-demokratische Partei als solche hat niemals das Parteinteresse über das Allgemeinwohl gestellt. Dies galt das Parteienrecht nicht mehr als die Partei. Darum haben unsere Führer auch keinen Augenblick gegahret, sich in die Front zu stellen, als es im Vorjahre galt eine Regierung zu bilden, obwohl sie genau wußten, vor welche undankbaren Aufgaben sie gestellt wurden.

Wie es war damals, als der alte Staat unter der Wucht der Ereignisse so jämmerlich zusammenbrach und die „rote Flut“ sich brausen über die Trümmer ergoß? Damals, im November 1918 erging, sofort nach der Katastrophe, aus den Reihen der alten Demokraten, im internationalen Lager und vor allem im Lager der fortschrittlichen Volkspartei fast in allen Städten unseres Vaterlandes, meist aus Eigenem ohne Anstoß von einer Berliner Zentralstelle der Aufsammlung des Bürgertums, um es zusammenzuführen zu einem Damm, an welchem die Felle des Sozialismus und Volkswissenschaftlich brechen sollte. In wenigen Tagen war damals überall der Boden gescheitert, auf dem eine Einigung der nichtsozialistischen Neuwahlgenossen zu erreichen war. Die demokratischen Erzkämpfer hatten ihre Abwehr- und Wiederanbau-Arbeit die Parole angekündigt: Einheit und Recht und Freiheit und wußten die Parteigrenzen vermissen, die Parteierfahrungen, die das Bürgertum geschwächt hatte, beilegt zu sehen. Das war es, was die nichtsozialistischen Bevölkerungswissenschaften in Massen zur Demokratie getrieben und zur Abwehr von den nationalliberalen Führern bewegen hatte, die als Schleppenträger des Absolutismus und der Vaterlandspartei an dem großen Volksbetrug mitgewirkt hatten.

Damals war das Bürgertum einig, aber die Führer der Nationalliberalen, die wegen ihrer Befassung durch das, was sie in den letzten Kriegsjahren dem Volke angetan, im Vorhande der inzwischen in Berlin neugebildeten Deutsch-demokratischen Partei keinen mehrhebenden Platz eingeräumt erhielten und keine Aussicht auf ein Mandat in der Nationalversammlung durch die Hilfe der Demokraten hatten — und dazu gehörte in erster Linie Herr Stresemann — standen eine Weile groß und verblüfft beiseite. Dann aber packte sie die Wut über ihre Misstheilung und mit Hilfe der ihnen ergebenden Presse ließen sie der neuen Einigungsbestrebung in den Rücken. Im ganzen Bürgertum war zwischen dem 10. November und Mitte Dezember nur der Einigungsgedanke, der Gedanke an die Veltigung der Parteierfahrungen vorherrschend. Da war es Stresemann, der den Ruf hinauswarf: „Partei an sich sein!“ Und nun setzte die wilde Parteilust zur Verdrämmerung der unter dem Banner der Demokratie erfolgten Aufnahmefähigkeit der bürgerlichen Elemente ein. Als Erster wieder den Anstoß zur Parteierfahrungen gegeben zu haben, dieser Vorwurf bleibt an Herrn Stresemann und seinem journalistischen Anhang, denn er ist jederzeit durch das Verhalten der Blätter im letzten Vierteljahr 1918 zu beweisen.

In der Demokratie hatten sich alle bürgerlichen Elemente zusammengeschlossen, die das Staatsgebäude aus den Trümmern in einer Gestalt neu errichten wollten, die allen gleiches Recht, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten bieten sollte. Das Wohl der Allgemeinheit stand allen über dem Interesse der Organisation, die

nur geschaffen wurde, um die Wiederanbau-Arbeit in feste Bahnen zu lenken. Herr Stresemann und sein Anhang aber schufen sich eine Partei, die ihnen den Weg in das Parlament wieder eröffnet sollte, den die Demokraten ihnen verweigert hätte. So war es! Bei den Demokraten die Sorge um das Allgemeinwohl, bei der Partei Stresemann nacktes Partei- und Personeninteresse, geschickt verdeckt durch die nationale Phrase, die bei der breiten Masse noch immer gezogen hatte.

Und heute erklingt in den volksparteilichen Blättern, in denselben, die damals im November/Dezember den Ruf: „Partei an sich sein!“ nicht laut genug erhellen lassen konnten, die Forderung nach Schwächung oder Beseitigung der Parteierfahrungen. Es heißt da (wir zitieren nach der hiesigen Allgemeinen Zeitung) klar und deutlich: „Der verhängnisvolle Umgang der Partei mit den Parteierfahrungen ist ein Ministerpräsidenten zu präsentieren, muß verschwinden.“

Es ist das Konkrete? Nie und nimmermehr. Die Konjunktur erfordert eben einen Bruch mit der Vergangenheit und darum wird er verlangt. Als Partei kann die D. N. P. ihre Männer nicht in eine Koalitionsregierung hineinbringen, darum wird eben eine andere Färbung aufgezogen und man präsentiert mit veränderten Färbung tüchtige Kandidaten für ein volksparteiliches Reichsministerium in der besten Hoffnung, daß letzten Endes diese Kandidaten in der Volkspartei eine rechtliche Stütze in der Regierung bilden können. Es ist ja auch plausibel nicht die Deutsche Volkspartei mehr, die diese Ministerkandidaten aus ihren Reihen präsentiert, denn sie vertritt in den Augen der einschlägigen Parteierfahrungen. Oder stand es in ihren Blättern anders?

Es geht auch nichts über die Taktik der „Partei Dreifachse“.

Zur Regierungsbildung.

Berlin, 16. Juni. (Ein. Drahtnachricht.) Während es gestern Abend den Anschein hatte, als ob die Erfüllung der Demokraten die Basis zu einer Regierung der Mitte ansetzen könnte, an der sich Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei beteiligen würden, scheint sich heute eine neue Wölung anzubahnen. Zwei neue Momente ändern die Situation in die Richtung entscheidender Weise. Zunächst liegt eine Erklärung der Generalkonferenz vor, welche die alte Koalition von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum als die unter der absehenden Umständen noch immer beste Lösung der Krise erklärte. Ferner hat sich Seidemann gleichfalls in demselben Sinne ausgesprochen. Es ist daher nur wahrscheinlich, daß auf die alte Koalition zurückgegriffen wird.

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutsch-demokratische Faktion verpackte sich heute vorläufig 11 Uhr zum ersten Male nach den Wahlen. Die durch die Wahl geschaffene Lage wurde eingehend erörtert. In Verhandlungen über die Regierungsbildung wird sich die Faktion nur dann und ausschließlich in lokaler Weise betätigen, wie dies Herr von Petersen in seinen Herrn Teubner übergebenen Erklärung dargelegt hat.

Die Bayerische Volkspartei und die Regierungsbildung.

Berlin, 16. Juni. Die Stellung der Bayerischen Volkspartei ist dahin präzisiert worden, daß Deutschland „nur föderalisch oder völkerverständlich“ regiert werden könne, und daß eine bürgerliche Koalition an sich möglich wäre, wenn sie sich auf den Boden des Föderalismus stelle und als einzige Regierungsvorbereitung die Veltigung des Artikels 18 der Weimarer Verfassung herbeiführt. Dieser Artikel enthält die zweiwöchige Frist für die Bildung neuer Bundeskammern. Eine bürgerliche Koalition, die diese Forderung ablehne, werde der Bayerischen Volkspartei nicht als tragfähig erscheinen. Die Ablehnung Erzbischofs durch die Bayerische Volkspartei beruht darauf, haben Staatsmann früherer Kabinette abzulehnen, der den Einzelstaat mit herbeigeführt habe.

Provinzial-Autonomie und Vertretung Preussens im Reichstag.

Der Verfassungsausschuss der Preussischen Landesversammlung hat am Dienstag seine Arbeiten aufgenommen. Länger dem Entwurf einer Verfassung ist ihm der Entwurf eines Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern zum Reichstag durch die Provinzialparlamenten zur Vorbereitung überwiesen worden. In die Beratung dieses letztgenannten Entwurfes trat er nach Ablehnung eines Antrages des Vertreters der unabhängigen Sozialdemokratie ein, der der Landesversammlung das Recht abzuprehen sollte, angesichts des Ausfalles der Reichstagswahlen überhaupt noch weiter zu tagen. Der Entwurf ist bedingt durch die Vorschriften der Reichsverfassung, wonach die Hälfte der preussischen Stimmen im Reichstag nach Vorgabe eines Landesgesetzes von den preussischen Provinzialparlamenten gestellt wird, und zwar muß dieses Gesetz bis zum 11. August erlassen sein. In der Debatte spielte die Frage, wie weit man den Provinzen Autonomiebereiche gewähren wolle, eine große Rolle. Redner aller Parteien waren der Meinung, daß man um eine gewisse provinzielle Autonomie nicht herumkomme, daß man aber andererseits nicht allzu weit gehen, vor allem die Wahl der Beamten nicht den Provinzen überlassen dürfe. In ähnlichem Sinne sprach sich auch der Minister des Innern aus, der darauf hinwies, daß die

Dezentralisierung mit dem Gebiete der Provinzialparlamenten möglichst weit durchgeführt werden müsse. Der Minister gab zu, daß er bei der Verfassung der letzten Reichstag vornehmend auf die Forderung der Provinzialparlamenten achtet, aber er schließt, daß dadurch die Zentralität und die Einheitlichkeit der Provinzen ignoriert werden. Er erklärt, daß er es im gegenwärtigen Augenblick für das Wichtigste halte, die junge Republik und die Bevölkerung von jeder Gefahr dadurch zu schützen, daß man Männer, die ungebildet sind dem Boden der Verfassung fern, auf die bevorstehenden Wahlen beruhe. Die Bestätigung des Landesgesetzes mußte schon nach kurzer Zeit abgeschlossen werden. Es hätte sich die Notwendigkeit ergeben, daß die Provinzialparlamenten darüber zu entscheiden, ob die bürgerlichen Bestimmungen der Verfassung geändert werden, insbesondere ob nicht die Zeit zum Entschluß des Landesgesetzes verstrichen werden kann. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, ist es sehr schwierig, in so kurzer Zeit ein Gesetz zu verabschieden, das allen Anforderungen der Provinzen trägt, insbesondere muß, wie von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben wurde, zunächst die Demokratisierung der Provinzialparlamenten durchgeführt werden, da sonst die Forderung der Provinzialparlamenten in der Reichstag nicht durchzusetzen werden. Der Entwurf befindet sich infolgedessen die Weiterberatung auszusuchen um vorläufige Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten. Inzwischen wird er die Verfassung beraten.

Mensburg wieder deutsch.

Nachdem die Volksstimmung in Schlesien einmündig das Heftigste des Deutschen in der zweiten Zone feststellte, hat sich die Parteiführung der Deutschen in der Provinz für die Verabschiedung der zweiten Zone ausgesprochen. Am 12. Uhr ist die Sommerzeit Deutschlands über diesen Teil Schlesiens wiederhergestellt worden. Mit diesem Beschlusse wird der Bescheid, daß damit unmittelbar Deutschlands bindender Bescheid auf die gesamte erste Zone, einschließlich Löhren, Stenrode und Horst, ausgesprochen ist. Ferner ändert nichts das vor der besagten Entscheidung an den Deutschen im Reichstag die ernannte Zustimmung zur Aufhebung seitens Deutschlands zu beschließen. Es ist vorauszusetzen, daß die Ernennung auf eine weitere Diskussion nicht einfließen wird, wenn England den bürgerlichen Chauvinismus auch neuerdings gedroht hat, die Teilnahme der Löhren bei Deutschland verlassen würde. Einbringung zu Würde viele Maßnahmen einzuführen, wurde auch erst bei Parteikongress abgeändert werden, der in Art. 109 festgeschrieben die Zugewanderten Löhren zur ersten Zone bestimmt hat und überdies in Artikel 3 Absatz 3 entschieden hat, daß das Ergebnis der Abstimmung nicht nach der Mehrheit der Stimmen in jeder Gemeinde, sondern nach der Mehrheit der Stimmen in dem ganzen Wahlkreis richtet. Da nun England nicht einfließen, sondern nur im Zusammenwirken vornehmlich mit Frankreich eine andere Bestimmung in Widerspruch mit dem Verleider Vertrag treffen könnte, ist mit Rücksicht auf den bekannten absehenden „Gegensatz“ Frankreichs eine Veränderung nicht zu erwarten. Doch die durch das Volk getragene Entscheidung von den Ministern als einseitig betrachtet wird, weshalb daraus, daß mit Ausnahme des Generalsekretärs Bruce, der von der ersten Zone aus die letzten Geschäfte der Kommission führen wird, alle Mitglieder der internationalen Kommission bereits abgezogen sind. Somit hat Parteiführung die meisten der bürgerlichen Parteien an dem größten Gebiete der beiden Abstimmungsgebiete, Recht als Treff gegenüber, daß das betrübliche Mensburg unberührt bei Deutschland geblieben ist. Wenn am Donnerstag mittags um 10 Uhr die deutlichen Truppen feierlich wieder einrücken und von dem umstrittenen Gebiet damit landwärtlich Weib ergreifen werden, ist damit die Entscheidung, daß sich das Deutschland, nach Ablehnung der wiederholten anderen aus der Rombeile, wieder ausgeben kann, um unter Anführung an den Völkerverständlichen moralische Eroberungen zu machen, an denen es bisher gefehlt hat.

Professor Max Weber

Wie aus München gemeldet wird, ist dort Professor Max Weber am Montag Abend einer Unannehmlichkeit erlegen. Max Weber wurde am 21. April 1864 in Erlangen als Sohn des späteren Reichstagsabgeordneten gleichen Namens geboren. Er studierte Rechtswissenschaften, bestand 1886 das erste juristische Examen und betrieb während seiner Kelerenzeit philosophische Studien. 1889 promovierte er mit einer Arbeit über „Die Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter“. Nach kurzem Gerichtsassessorient habilitierte er sich 1892 als Privatdozent in Berlin, mochte er nach einem Jahre außerordentlicher Professor wurde. 1894 folgte er einem Ruf als Ordinarius für Nationalökonomie nach Freiburg a. S. 1897 als Nachfolger von Friedrich Schlegel in der Fakultät der Rechte an der Universität Göttingen. Er wurde 1900 zum Ordinarius für die Sozialwissenschaftliche Fakultät ernannt. Er war 1909 als Nachfolger Brentanos nach München berufen wurde. Von seinem Lehrer Mommsen waren Arbeiten zur Geschichte des Altertums angeordnet. Die Weber im Handwörterbuch der Staatswissenschaften zusammenfassende: seine Studien zur ökonomischen Agrarverfassung (in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik) und über „Capitalismus und Kapitalismus“ im „Archiv für Sozialwissenschaft“ 1903/04 haben die Fortschrittler beeinflusst. Weber gehörte in der heutigen Sozialwissenschaftlichen der sozialistischen Richtung an (mit Schmoller, Tönnies, Simmel, Sombart usw.); seine Arbeiten über die methodologischen Grundlagen und den logischen Gehalt der Sozialwissenschaften können als grundlegend bezeichnet werden. Eine großangelegte Studienreihe über die „Wirtschaftsethik der Weltvölker“ wurde in den letzten Jahren im „Archiv für Sozialwissenschaft“ veröffentlicht, dessen Mitverleger er war. Auch der „Grundriss der Sozialökonomie“ ist von ihm herausgegeben worden. Weber hat mit Maxine

Etwas fehlt

... was werden mir bald haben. Geben Sie mir, was Sie mir geben können. Ich bin sehr dankbar.

